

Die schwedische Außenpolitik

Etwa 175 Jahre lang verfolgte Schweden eine bündnisfreie Politik. In einem Europa, das in zwei gegnerische Machtblöcke mit konkurrierenden Ideologien aufgeteilt war, suchte Schweden Sicherheit in einer Politik des Abstands bzw. der Neutralität. In den 1990er Jahren hat sich Europa jedoch dramatisch verändert, die letzte machtpolitische Bedrohung Nordeuropas war verschwunden. Nun war es für Schweden an der Zeit, seine traditionelle Politik neu zu bewerten. Der entscheidende Beschluss, der Europäischen Union (EU) als politischem Bündnis beizutreten, wurde im Referendum von 1994 bestätigt.

Die Beteiligung Schwedens an der europäischen Integration und die gegenwärtige aktive Politik im Ostseeraum sind Elemente eines breiteren Engagements für die globale Politik. Die Unterstützung der Vereinten Nationen bildet seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen Eckpfeiler der schwedischen Außenpolitik.

Der Ursprung der modernen schwedischen Außenpolitik

Seit 1523 hat Schweden keine militärische Besetzung erliden müssen, seit 1814 hat in diesem Land kein Krieg mehr stattgefunden. Während der Regierungszeiten der Könige Gustav II. Adolf und Karl XII. spielte Schweden einst eine wichtige Rolle in der europäischen Großmachtpolitik. Solche Ambitionen wurden jedoch von König Karl XIV. Johan resolut unterbunden, der als ehemaliger Marschall Bernadotte in Frankreich 1810 vom schwedischen Parlament zum Kronprinzen gewählt wurde. Er veränderte die schwedische Außenpolitik radikal und passte sie den in diesem Land zur Verfügung stehenden Ressourcen an. Damit wurde der Grundstein für eine Neutralitätspolitik im Falle eines Krieges gelegt. Im 19. Jahrhundert gründete sich diese Politik auf einem Balanceakt, zunächst zwischen Großbritannien und Russland, und später insbesondere zwischen Deutschland und Russland.

Im Zuge der Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden Industrialisierung wandelte sich die traditionelle Wirtschaft Schwedens, die bis dahin vorwiegend landwirtschaftlich geprägt war. Die Industrie wurde zunehmend auf den Export ausgerichtet und die Produkte schwedischer Erfinder hielten mit großem Erfolg Einzug auf den Weltmärkten. Schweden konnte mit der Zeit eine starke Volkswirtschaft aufbauen, welche die Grundlagen für die Unabhängigkeit Schwedens in der Außenpolitik schuf.

Schweden und die beiden Weltkriege

Während des Ersten Weltkriegs war die Neutralitätspolitik infolge der Handelsblockade der Entente gegen Schwedens wichtigsten Handelspartner Deutschland großen Belastungen ausgesetzt. Die Neutralitätspolitik eines kleinen Landes musste sich wohl oder übel häufig den Machtverschiebungen der größeren Nationen anpassen. Nach dem Krieg herrschte die weit verbreitete Hoffnung vor, der neu gegründete Völkerbund würde mit seinen kollektiven Sicherheitsmechanismen einem kleinen Staat wie Schweden größere Sicherheit bieten als eine Neutralitätspolitik. 1936 wurde jedoch zunehmend offenbar, dass der Völkerbund das aggressive Verhalten der faschistischen Länder nicht zu bremsen vermochte, insbesondere da Großbritannien und Frankreich der Beschwichtigungspolitik den Vorzug gaben. Schweden versuchte den Grundstein für eine Politik der regionalen nordischen Sicherheit zu legen, die politische Stimmung und die strategischen Realitäten in Nordeuropa boten jedoch keine angemessene Basis für eine Zusammenarbeit in einem nordischen Verteidigungssystem.

Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erklärte Schweden seine Neutralität. Als Finnland im November 1939 von der Sowjetunion angegriffen wurde, war Schweden einem militärischen Eingriff abgeneigt. Es verzichtete aber auf jegliche Neutralitätserklärung und bot den Finnen bedeutende

Herausgegeben vom
Schwedischen Institut
April 2005 TS 18 r

Weitere Tatsachen finden Sie unter:
www.sweden.se/fact_sheets

Si.
Svenska institutet

Hilfe in Form von Waffen, Krediten und Rohstoffen an. Nachdem die Deutschen im April 1940 ganz Norwegen eingenommen hatten, musste sich Schweden strikt neutral verhalten und gab während der deutschen Okkupation Norwegens jede Form von nordischer Solidarität auf. Nach dem Fall Frankreichs in einer späteren Phase des Kriegs sah sich Schweden sogar zu einem Abweichen von seiner strikten Neutralität gezwungen, als 1940-43 unbewaffnete deutsche Soldaten auf Heimaturlaub von oder nach Norwegen durch Schweden fahren durften, und im Juni 1941 sogar die Verlagerung einer kompletten deutschen Division von Norwegen nach Finnland zugelassen wurde. Schweden war von Deutschland umgeben, konnte nicht auf die Unterstützung der Alliierten hoffen, und war zur Aufrechterhaltung der eigenen Wirtschaft völlig vom Handel mit Deutschland abhängig.

Die Nachkriegszeit

In der Hoffnung auf eine weitere Zusammenarbeit der Alliierten glaubten viele Schweden, dass die Vereinten Nationen, denen Schweden 1946 beigetreten war, ein wirksames Instrument für den Frieden sein würden als ihr Vorgänger, der Völkerbund. Stattdessen leitete die Politik der Sowjetunion eine neue Ära der Konfrontation ein, während die Vereinten Nationen aufgrund des Veto-Rechts im Sicherheitsrat ohnmächtig zusehen mussten.

Nach dem Staatsstreich der Kommunisten in Prag und dem sowjetischen Drängen, 1948 mit Finnland einen sicherheitspolitischen Pakt zu schließen, wurde die alte Idee einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im Norden erneut geprüft. Die Verhandlungen über ein skandinavisches

Verteidigungsbündnis brachen jedoch zusammen. Im April 1949 traten zunächst Norwegen und dann Dänemark dem Nordatlantischen Bündnis (NATO) bei. Schweden wählte eine Politik der „Bündnisfreiheit im Frieden und dem Ziel einer Neutralität im Kriegsfall“. Diese Politik stützte sich auf eine starke und technisch avancierte Landesverteidigung; gleichzeitig versuchte man, sich insgeheim für den Fall eines sowjetischen Angriffs der Unterstützung des Westens in einigen Schlüsselbereichen zu versichern.

Als die vom Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Staaten Westeuropas zur Verhinderung eines weiteren europäischen Bürgerkriegs eine neue Zusammenarbeit aufzubauen begannen, beteiligte sich Schweden nicht daran und hielt zur Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit an seiner Neutralitätspolitik fest. Politisch wurden die Grenzen für die schwedische Einbindung in die europäische Politik beim Europarat gezogen, der keine überstaatlichen Züge trägt und sich nicht mit sicherheitspolitischen Themen befasst. Was die Wirtschaft betrifft, schloss sich Schweden 1949 zunächst der OECD, und 1959 der Europäischen Freihandelszone (EFTA) an. Als in den frühen 1970er Jahren andere EFTA-Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) beitraten, zog Schweden keineswegs nach, sondern überprüfte viel mehr seine Beziehungen zur EG und wählte die Alternative mit der geringsten sicherheitspolitischen Auswirkung: ein Freihandelsabkommen.

In den 1960er und 70er Jahren stand die außenpolitische Tagesordnung Schwedens unter dem Zeichen der Entwicklungshilfe für die Länder der Dritten Welt, der Sorge um die Zerstörung der globalen Umwelt und der Unterstützung von Abrüstungsbemühungen im Rahmen der Vereinten Nationen. Während des Vietnamkriegs war Schweden ein lautstarker Kritiker der US-Politik.

Eine weitere Priorität stellten die Maßnahmen zur Vertrauensbildung in einem geteilten Europa dar. Eine echte Zusammenarbeit, basierend auf dem freien Austausch von Menschen und Gedanken in Ost und West, wurde jedoch erst vorstellbar, als sich die Sowjetunion Ende der 1980er Jahre den westlichen Demokratien angenähert hatte.

Mitglied der Europäischen Union

Mit den Veränderungen auf der europäischen Bühne und dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks boten sich neue Möglichkeiten der europäischen Integration. Es war nunmehr möglich, schwedischen Einfluss zu suchen und zu

sichern, und dem Wunsch der Industrie nach engeren Beziehungen zur EG in einer immer stärker internationalisierten Welt Rechnung zu tragen. Im Juli 1991 reichte die sozialdemokratische Regierung einen Beitrittsantrag zur EG ein, bzw. Europäische Union (EU), wie sie seit dem Vertrag von Maastricht 1992 heißt. Die daraufhin eingeleiteten Beitrittsverhandlungen wurden von der damals von 1991 bis 1994 amtierenden, bürgerlichen Regierung geführt. Nach der Volksabstimmung 1994, bei der 52,3 % der Wähler mit Ja gestimmt hatten, führte die kurz darauf gebildete sozialdemokratische Regierung Schweden formell ab Januar 1995 in die Europäische Union. Schweden war einem politischen Bündnis demokratischer Länder beigetreten.

Sieben Jahre später, im Februar 2002, konnten sich die sozialdemokratische Regierung und die meisten nicht sozialistischen Parteien auf eine neue Beschreibung der schwedischen Sicherheitspolitik einigen, die sich deutlich mit den neuen Realitäten auseinandersetzt. Es ist ein mit größter Umsicht formulierter Text, der hier vollständig zitiert werden sollte:

„Die schwedische Sicherheitspolitik zielt auf die Bewahrung von Frieden und Selbständigkeit für unser Land, auf Stabilität und Sicherheit in unserem Nahbereich und auf die Stärkung des internationalen Friedens und der Sicherheit.

Schweden ist militärisch bündnisfrei. Diese sicherheitspolitische Linie mit der Möglichkeit, im Falle eines Konflikts in unserem Nahbereich neutral sein zu können, hat sich bewährt.

Für die Zukunft ist es deutlicher denn je, dass Sicherheit mehr ist als das Nichtvorhandensein militärischer Konflikte. Die Bedrohung des Friedens und unserer Sicherheit lässt sich am besten abwehren in Gemeinschaft und Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Auf globaler Ebene kommt dies am deutlichsten in unserer Unterstützung der Vereinten Nationen zum Ausdruck. Durch unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Union nehmen wir teil an der solidarischen Gemeinschaft, deren oberstes Ziel es ist, Krieg auf dem europäischen Kontinent zu verhindern.

Ein sicheres Verteidigungsvermögen ist ein zentraler Teil der schwedischen Sicherheitspolitik. Schweden setzt sich aktiv ein für die Förderung der Abrüstung und der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.“

Dies ist eine Beschreibung, und nicht eine aus einem einzigen Satz bestehende Doktrin, die auf herkömmliche Weise eine strikte, langfristige Politik festlegt. Die Option der Neutralität ist beibehalten und

mit einem Satz wird ferner die Vergangenheit erwähnt. Als Mitglied der Europäischen Union nimmt Schweden voll und ganz an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik teil, die auf gemeinsamen Werten und Solidarität basiert. Die Neutralität stellt damit im Falle eines Angriffs auf einen der gegenwärtigen oder zukünftigen Mitgliedstaaten der EU eine unwahrscheinliche Wahl dar. Bei der Bekämpfung des Terrorismus ist der „Neutralitätsbegriff“ selbstverständlich völlig irrelevant.

Die Prioritäten Schwedens in der EU sind die Erweiterung der Union (vollzogen im Mai 2004, als u.a. acht osteuropäische Länder der EU beitraten), Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, eine stringenter Umweltpolitik, verbesserter Verbraucherschutz, Stärkung der Chancengleichheit und mehr Transparenz im Entscheidungsprozess der EU. Eine Sicherung des schwedischen Einflusses in der Eurozone ist jedoch nicht möglich gewesen. Der Vorschlag der Regierung, sich der Eurozone anzuschließen, wurde in einem Referendum im September 2003 abgelehnt, als eine Kombination verschiedener Entwicklungen in Europa diese Idee wenig attraktiv erscheinen ließen.

Was Russland anbelangt, so hofft Schweden weiterhin, dass sich diese große Nation zu einer echten Demokratie und Marktwirtschaft entwickeln wird und nicht versucht ist, Staaten, die einst der ehemaligen Sowjetunion angehörten, als Teil der russischen „Interessensphäre“ zu beanspruchen. Für Schweden ist eine Zusammenarbeit mit Russland zur Stärkung der herausragenden Lage im Ostseeraum äußerst erstrebenswert. Die Unterstützung Estlands, Lettlands und Litauens bei der Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit 1991 und die Einleitung erfolgreicher Reformprogramme sind für Schweden allererste Priorität. Die Sicherheit in der nordischen Region wurde mit dem Beitritt jener Länder zu EU und NATO gestärkt – „sichere Nachbarn sind gute Nachbarn.“

Die langjährige Zusammenarbeit im Nordischen Rat erfuhr mit der erweiterten Zusammenarbeit zur Einbindung der drei baltischen Staaten neue Impulse. Auch mit Russland und Deutschland besteht seit 1992 eine umfassende Partnerschaft im Rahmen des Rats der Ostseerainerstaaten, der sich mit einer Vielfalt von Fragen befasst wie atomare Sicherheit, organisierte Kriminalität, zivile Sicherheit und Zollkontrolle.

Schweden stützt die Bemühungen der EU nach einer umfassenden zivilen und militärischen Kapazität für das Krisenmanagement und die Friedenssicherung.

Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit mit der NATO, die auch Hauptgarant für die transatlantischen Beziehungen und das Engagement der USA in Europa ist – zwei wesentliche Faktoren für die Sicherheit Schwedens. Als Ergebnis der zwischen Schweden und der NATO bestehenden Partnerschaft nahmen nahezu 10 000 schwedische Frauen und Männer auf dem Balkan an den von der NATO geleiteten Operationen teil. Im Zuge der Mitgliedschaft Schwedens in der Partnerschaft für Frieden (PFP) gewährleistet Schweden die Interoperabilität seiner Streitkräfte, d.h. eine Kapazität für die praktische Zusammenarbeit mit den Streitkräften anderer Nationen.

Entwicklungshilfe

Schweden sieht keinen Widerspruch zwischen einer zunehmenden europäischen Zusammenarbeit und seinen Verpflichtungen gegenüber dem Rest der Welt. Schweden bleibt weiterhin ein aktiver Partner bei den Bemühungen der Entwicklungsländer, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Deshalb hat Schweden einen Anteil von 0,7 % seines BIP für die Entwicklungshilfe vorgesehen. Diese Mittel werden entweder bilateral an eine Reihe von Entwicklungsländern vergeben, oder multilateral über die Gremien der Vereinten Nationen. Die Ziele der schwedischen Entwicklungshilfepolitik sind die Bekämpfung der Armut, die Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten, die Förderung einer guten Staatsführung, soziale und wirtschaftliche Entwicklung, Gleichstellung und nachhaltiges Wachstum.

Außenhandelspolitik

Schweden ist ein starker Befürworter eines offenen multilateralen Handelssystems und setzt sich für die Stärkung der Welthandelsorganisation ein. Diese Unterstützung eines weltweiten Freihandels geht einher mit den Bemühungen, den schwedischen Markt effizienter und offener zu gestalten. Als Mitglied der EU versucht Schweden,

dem Binnenmarkt eine liberale Ausrichtung zu geben, wobei den Rechten der Verbraucher besonders Rechnung getragen wird.

Schweden und die Vereinten Nationen

Die Unterstützung der Vereinten Nationen bildet einen Eckpfeiler der schwedischen Außenpolitik. Aus der Sicht Schwedens stellt die UN-Charta die alleinige Rechtsgrundlage für eine bewaffnete Intervention in souveräne Staaten dar. Die 1999 erfolgte NATO-Intervention im Kosovo und in Serbien wurde jedoch angesichts der damals vorherrschenden Umstände als „legitim“ angesehen, im Gegensatz zur Intervention im Irak durch die USA und einige Alliierte im Jahre 2003.

Gemeinsam mit den anderen nordischen Ländern unterstützt Schweden die Entwicklung und Stärkung der friedenserhaltenden Maßnahmen der UN. Über 80 000 Schweden haben seit 1960 an solchen Operationen teilgenommen. Schweden hat sich gemeinsam mit weiteren EU-Mitgliedern für die Ausarbeitung einer grundlegenden Reform zur Stärkung des Systems der Vereinten Nationen eingesetzt.

Seit dem Beitritt zur UNO hat Schweden immer deren Anstrengungen aktiv unterstützt, sich mit langfristigen globalen Problemen in den Bereichen Entwicklung, Abrüstung und Umwelt auseinander zu setzen. Schweden tritt auch für die Wahrung der allgemein akzeptierten internationalen Normen auf dem Gebiet der Menschenrechte und die Stärkung ihrer Umsetzung ein. Besondere Aufmerksamkeit wird den Rechten der Frauen und der Kinder gewidmet.

Abrüstung und Rüstungskontrolle

Auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle hat Schweden seit Beginn im Jahre 1962 an den multilateralen Abrüstungsverhandlungen in Genf teilgenommen und eine Vielzahl von Vorschlägen auf internationalen Foren zur Vermin- derung der Gefahr eines atomaren Kriegs

und zum Ausbau von vertrauensbildenden Maßnahmen vorgelegt. Schweden beteiligt sich aktiv an den internationalen Bemühungen zur Kontrolle und Beschränkung des Handels mit konventionellen Waffen. Schweden ist ferner ein aktives Mitglied des zur Nichtverbreitung von atomaren, chemischen und biologischen Waffen sowie der Raketenabwehrtechnologie eingerichteten internationalen Exportkontrollorgans.

Umweltpolitik

Schweden hat konkrete Vorschläge zu effizienteren internationalen Gemeinschaftsaktionen vorgelegt, mit denen der zunehmenden Bedrohung der Umwelt im Norden sowie auf europäischer und globaler Ebene begegnet werden kann. Im Rahmen regionaler Abkommen hat Schweden die Initiative zur Bekämpfung der Verschlechterung der Meeresumwelt in der Ost- und Nordsee ergriffen.

Schweden ist einer der aktivsten Teilnehmer an der Arbeit der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der globalen Umweltbedrohung in Form von klimatischen Veränderungen, Abbau der Ozonschicht und Verlust des biologischen Artenreichtums. Dem Verhältnis von Umwelt und Entwicklung ist erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet worden und die Kommission für nachhaltige Entwicklung, das Umweltprogramm und weitere einschlägige Gremien der UNO werden weitestgehend unterstützt. Schweden hat auch eine führende Rolle beim Abfassen eines Dokuments zur Agenda 21 für den Ostseeraum übernommen.

Für ausführlichere Informationen

über die schwedische Außenpolitik siehe auch das Informationsblatt des Schwedischen Instituts: *Schweden in der Europäischen Union* (TS 94).

1 SEK (SCHWEDISCHE KRONE) = 0,11 EUR BZW. 0,17 CHF (MÄRZ 2005).

Dieser Text wurde vom Schwedischen Institut veröffentlicht und ist auch im Internet unter www.sweden.se zu finden. Er darf nur mit Zustimmung des Schwedischen Instituts verwendet werden. Für die Genehmigung zur Verwendung des Texts wenden Sie sich bitte an: webmaster@sweden.se. Photos oder Illustrationen dürfen nicht anderweitig verwendet werden.

Das Schwedische Institut (SI) ist eine staatliche Einrichtung zur Verbreitung von Informationen über Schweden im Ausland. Das SI bietet eine breite Auswahl an Veröffentlichungen in mehreren Sprachen zu vielen Aspekten der schwedischen Gesellschaft. Weitere Auskünfte unter: www.si.se, www.swedenbookshop.com.
Weitere Informationen über Schweden: www.sweden.se (Schwedens offizielles Internetportal) oder über die schwedische Botschaft bzw. das schwedische Konsulat in Ihrem Land. Schwedisches Institut, Box 7434, SE-103 91 Stockholm, Schweden. Tel. +46 8 453 78 00. Büro: Skeppsbron 2, Stockholm. E-Mail: si@si.se. Web: www.si.se